

Herrn  
Franz Müntefering  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
Willy-Brandt-Haus  
Wilhelmstr. 141  
  
10963 Berlin

Elberfelder Str. 77  
42853 REMSCHEID  
Postfach 10 03 62  
42803 REMSCHEID

Telefon 0 21 91/4 38-31  
Telefax 0 21 91/4 38-79  
e-mail fwi@werkzeug.org  
Internet www.werkzeug.org

3. März 2003  
LI/Re

### **Das Geld dem Staat geben (?)**

Sehr geehrter Herr Müntefering,

Anfang Dezember letzten Jahres haben Sie gesagt: „Wir machen es richtig: Das Geld dem Staat geben, damit er seine Aufgaben erfüllen kann.....“.

Am 2. Februar 2003 hat die SPD in Niedersachsen und Hessen die verheerendsten Wahlniederlagen ihrer Geschichte erlebt: Reicht dies als Antwort aus, wie der Wähler über diese Strategie denkt?

Wir, die Unternehmen der deutschen Werkzeugindustrie, sind von den politischen Rahmenbedingungen in Deutschland besonders abhängig, weil

- unsere Personalkostenquote mit etwa 37% vom Umsatz ungewöhnlich hoch ist (zum Vergleich: Automobil- und Zulieferindustrie ca. 18%).
- wir in internationalem Wettbewerb stehen wie kaum eine andere Branche: 72% der deutschen Produktion werden exportiert. Umgekehrt werden 62% des deutschen Marktes durch Importe abgedeckt.
- es sich bei uns fast ausschließlich um mittelständischen Unternehmen handelt, die ja in Deutschland für nahezu 70% aller Arbeitsplätze verantwortlich sind.
- die Abnehmer der Werkzeugindustrie Industrie und Handwerk sind: Wenn deren Geschäft gut geht, wächst die Werkzeugindustrie überproportional, wenn deren Geschäft schlechter geht, schrumpft die Werkzeugindustrie überproportional

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für unsere Arbeitsplätze waren 1998 schon schlecht genug: Hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Unzufriedenheit mit wachsenden Steuern und Abgaben waren aus unserer Sicht Grund dafür, daß Helmut Kohl abgewählt wurde.

Die rot-grüne Bundesregierung hat die Verhältnisse seit 1998 noch schlimmer gemacht:

Die Rahmenbedingungen, unter denen Unternehmen wie die unseren Arbeitsplätze schaffen und damit Wohlstand für Arbeitnehmer, wurden noch weiter verschlechtert.

Nachfolgend einige Beispiele, wie unsere Unternehmer auf Ihre Politik reagiert haben:

Politische Maßnahme	Auswirkungen			
	auf die Leistungsfähigkeit bzgl. Kosten und Liquidität	auf Absatzmarkt	auf Arbeitsplätze	auf Investitionsverhalten der Werkzeugunternehmen
Erhöhungen der Staatsquote	↓	↓	↓	↓
Einbehaltene Gewinne bei Personengesellschaften werden höher besteuert als bei Kapitalgesellschaften	↓	↓	↓	↓
Verschiebung der nächsten Stufe der Steuerreform mit Absenkung der Steuersätze	↓	↓	↓	↓
Erhöhungen der Mineralölsteuer unter dem „Tarnnamen“ Ökosteuer	↓	↓	↓	↓
Beschränkung der Möglichkeiten des steuerlichen Verlustvortrages	↓	↓	↓	↓
Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen	↓	↓	↓	↓
Erhöhungen der Sozialbeiträge	↓	↓	↓	↓
Verteuerungen in der Krankenversicherung	↓	↓	↓	↓
Einige Maßnahmen der „Hartz-Kommission“, wenn sie denn konsequent, fachgerecht und bürokratiearm durchgeführt werden	↑	↑	↑	↑
dagegen „Equal Pay“ bei Leiharbeitnehmern	↓	↓	↓	↓
Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung	↓	↓	↓	↓
Recht auf Teilzeit	↓	↓	↓	↓
Rücknahme der gesetzlichen Einführung von Karenztagen	↓	↓	↓	↓
Abschlüsse im Metalltarif 2002/03	↓	↓	↓	↓
Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich	↓	↓	↓	↓

Der Zusammenhang ist der: Seit mehr als 20 Jahren geben wir in Deutschland immer mehr Geld dem Staat. Damit steht das Geld der Wirtschaft und den Betrieben nicht mehr zur Verfügung, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Kosten pro Arbeitsplatz verteuern sich. Unsere Wettbewerbsfähigkeit sinkt. Wir „exportieren“ Arbeitsplätze ins Ausland

- indem wir Marktanteile an Wettbewerber verlieren
- indem wir selbst Arbeit ins Ausland verlagern müssen, weil sie hierzulande zu teuer wird.

Deshalb: Wenn sich einmal wieder jemand in der Fraktion wundert, weshalb wir in Deutschland keine Arbeitsplätze schaffen:

Es ist die Folge einer Politik, die meint, daß wir (noch) mehr Geld dem Staat geben müssen.

Kehren Sie um, Herr Müntefering: Helfen Sie mit, unsere Arbeitsplätze in Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen! Durch weniger Staat und mehr Freiheit.

Mit freundlichen Grüßen

FACHVERBAND WERKZEUGINDUSTRIE e.V.  
Der Geschäftsführer

Rainer Langelüdecke  
*für die Unternehmer der deutschen Werkzeugindustrie*

P.S. Unsere Mitglieder in Ostdeutschland und deren Belegschaften sind der Meinung, daß sie **dafür nicht** demonstriert haben 1989 in Leipzig: "Mehr Geld dem Staat geben, damit der seine Aufgaben erfüllen kann....."